



„Die erste Million müsste die leichteste sein“

Der Globalisierungskritiker Christian Felber plädiert für ein alternatives Wirtschaftsmodell und sagt, wie es dem Gemeinwohl dienen würde

Wie gerecht geht es in unserer Welt zu?

Es geht immer gerechter. Doch zurzeit explodiert die Ungleichheit, sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch außerhalb. In Österreich verdient die bestverdienende Person das 800-fache eines noch immer nicht verankerten gesetzlichen Mindestlohns von 1000 Euro, in Deutschland das 6000-fache, in den USA das 350 000-fache. Auch zwischen den Staaten steigt die Kluft zwischen den Vermögenden und den Ärmsten stark an. Eine Milliarde Menschen ist von Hunger bedroht.

Wie könnte diese Ungleichheit eingedämmt werden? Sie schlagen das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie vor.

Die erste Million müsste die leichteste sein, ist aber derzeit die schwerste. Das ist ein Systemfehler. Die Einkommenssteuern müssten über das Steuersystem mit wachsendem Einkommen sehr stark ansteigen. Das Gleiche gilt für die Vermögenssteuern. Noch wichtiger ist die Abschaffung von Kapitaleinkommen. Sie kommen nur den Vermögenden zugute und das ist überall eine relative Minderheit. Das heißt, Tendenzen innerhalb eines Systems brauchen gegenläufige Tendenzen, damit das System nicht explodiert. In der Systemtheorie heißt das „negative Rückkopplung“.

Ihre Kritiker monieren, Ihre Einstellung sei ziemlich kommunistisch.

Sie ist liberal. Alle haben die gleichen Freiheiten und Chancen. Wenn aber die einen Milliarden haben und in Berlin 40 Prozent der Jugendlichen in Hartz-IV-Haushalten aufwachsen, dann gibt es hier nicht die gleichen Chancen und Freiheiten.

Vieles klingt weltfremd.

Es gibt Umfragen, nach denen sich 90 Prozent der Menschen in Österreich und Deutschland eine neue Wirtschaftsordnung wünschen. Für das Menschenbild, das der Kapitalismus ständig als Ideologie verbreitet, gibt es keinerlei wissenschaftliche Bestätigung. Es ist nicht bewiesen, dass wir von Natur aus auf Konkurrenz, Übervorteilung, Egoismus programmiert sind. Das sind kulturelle Verhaltensmuster, die wir lernen.

Die Geldgier, der Egoismus – Eigenschaften, die durch die Krise so hässlich hervorkamen wie nie zuvor.

Genau. Dann kann es auch nicht genetisch sein, sonst wäre es ja immer so gewesen. Es ist eine reine Ideologie. Sie wird überall getrommelt, um diejenigen zu legitimieren, die sich auf Kosten der Mehrheit der Gesellschaft bereichern. Unsere Forschungsergebnisse zeigen in die Gegenrichtung – dass wir mitfühlende Wesen sind und ein natürliches Gerechtigkeitsempfinden haben. Die Wirtschaftsordnung kann Kooperation, Solidarität, Nachhaltigkeit belohnen – oder aber Egoismus und Konkurrenz. Weil sie letzteres tut, grassieren auf den Märkten diese furchtbaren Verhaltensweisen.

Sie wollen jene Werte, die im Privaten gelten, in die Arbeitswelt übertragen?

Genau, indem sie belohnt werden und zum Erfolg führen. Wenn die Wirtschaftsordnung Kooperation, Solidarität, Demokratie und Nachhaltigkeit belohnt, würden Unternehmer, die das nicht unterstützen, pleite gehen. Wir müssen an der wirtschaftlichen Erfolgsdefinition basteln. Genau das tun wir mit der Gemeinwohl-Ökonomie. Derzeit messen Firmen ihren Erfolg mit der Finanzbilanz und Volkswirtschaften mit dem Bruttoinlandsprodukt. Das sind Geldindikatoren. Aber Geld ist nur das Mittel des Wirtschaftens. Den Erfolg eines Projekts darf man nie anhand der Mittel, sondern anhand der Zielerreichung messen. Das Ziel des Wirtschaftens ist das Gemeinwohl oder die Bedürfnisbefriedigung.

Dafür müsste sich die gesamte Weltwirtschaft ändern. Wie geht das?

Indem die Unternehmen, die den europäischen Markt bedienen oder Zugang zu ihm wollen, eine Gemeinwohlbilanz erstellen müssten. Sie würden gefragt, wie sie zum Gemeinwohl, zur Lebensqualität beitragen, und wenn sie nicht in Europa produzieren, müssten sie diese Gemeinwohlbilanz beim Eintritt in die EU deklarieren. Bei einer guten Bilanz entfallen die Zölle, sie müssten weniger Steuern zahlen oder erhalten öffentliche Aufträge. Bei einem schlechten Ergebnis zahlen diese Unternehmen einen so großen Zollaufschlag, dass ihre Produkte für die Verbraucher teurer sind als wenn sie in Europa produzierten. Beginnt die EU mit dieser Regelung, würden in Windeseile so gut wie alle Länder nachziehen.

Unternehmen, die auf ausländischen Märkten vertreten sind, hätten wohl ihre Probleme damit.

Bei denen, die exportieren, würde ich sagen: Pech gehabt. Es hat niemand ein Anrecht auf einen Marktanteil außerhalb der EU. Vielleicht aber sind die Ängste unbegründet und sie gewinnen mit Ethik. Die Unternehmen, die hier produzieren, müssen diese Werte je-

denfalls einhalten. Und wenn in anderen Ländern andere Standards gelten, dann ist das primär nicht unser Problem. Aber wenn wir hier eine Gemeinwohlzone aufbauen, wird sie sich sukzessive ausweiten, da Unternehmen von außerhalb keine Chance mehr auf diesem Markt haben.

Wie reagieren Unternehmen auf diesen Vorschlag?

Der große Tenor ist, dass das in die richtige Richtung geht. Im Selbstverständnis der Mehrheit ist das Gewinne-Erwirtschaften nicht das Ziel der unternehmerischen Tätigkeit, sondern es geht darum, ein sinnvolles Produkt in die Welt zu bringen. In zwei Jahren haben sich knapp 1000 Unternehmen uns angeschlossen. Nicht so leicht tun sich die größeren Unternehmen mit der Gemeinwohl-Ökonomie. Das ist die Diktatur der Finanzmärkte: anonymisierte Eigentümer, Investmentfonds, Hedgefonds. Die stehen wiederum im Wettbewerb zueinander und müssen für ihre Kunden eine höhere Finanzrendite erwirtschaften als die Konkurrenz. Das ist eine fatale Zwickmühle, die es ohne Kapitaleinkommen nicht mehr gäbe.

Sie haben unter anderem Spanisch und Romanische Philologie studiert. Wie kommt es, dass Sie nun eine neue Wirtschaftsordnung fordern?

Ich wollte das Ganze erfassen. Was hält die Welt im Innersten zusammen? Ich finde es gefährlich, dass die Ökonomie nur noch einen viel zu engen Ausschnitt abbildet. Früher war sie noch Teil der Moralphilosophie. Es wäre sinnvoll, dass sie wieder mit dem ethischen und ökologischen Kontext vermischt wird. Jetzt geht die Ökonomie in Richtung Mathematisierung.

Ist so eine Veränderung nicht ein Prozess, der Jahrzehnte braucht?

Wenn die gesetzlichen Anreizweichen von Finanzkapitalismus auf nachhaltige Ökonomie gestellt werden, kann das schnell gehen. Es können gleichzeitig alle Denk- und auch Wirtschaftsformen existieren. Das Schenken ist ein wunderschönes Beispiel dafür. Mitten im Kapitalismus findet umfassendes Schenken statt, totale Selbstlosigkeit, von der Muttermilch bis zum Blut. Ein Topmanager zum Beispiel, der fünf Millionen verdient, bekommt von Hartz-IV-Empfängerinnen Blut geschenkt, wenn er erkrankt oder einen Unfall hat.

Sie haben einmal Bhutan als Vorbild bezeichnet, wo es statt BIP ein Brutto-sozialglück gibt. Kann das auf ein 80-Millionen-Land übertragen werden?

Es lässt sich auf die ganze Welt übertragen. Das BIP sagt uns nichts Verlässliches über Werte, die wirklich zählen. Wenn es steigt, können gleichzeitig Ar-

Zur Person



Der Österreicher **Christian Felber** (40) gilt als eine der prominentesten Stimmen der Globalisierungskritik. Er studierte Romanische Sprachen, Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie und ist Mitbegründer von Attac in Österreich, Referent, Initiator der Demokratischen Bank und prägte den Begriff Gemeinwohl-Ökonomie. Er ist Autor mehrerer Bücher, unter anderem „Die Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft“ und „Retten wir den Euro“.

beitslosigkeit und Armut steigen, die Ökosysteme absterben, wir können von der Demokratie zur Diktatur wechseln.

Trotzdem hängen wir am BIP.

Narrisch genug sind wir. Ich schlage vor, dass jede Gemeinde ähnlich wie Bhutan die 20 relevantesten Lebensqualitätsindikatoren ermittelt und misst. Aus denen entsteht ein kommunaler Gemeinwohlindex als Grundlage für das spätere Produkt.

Würden Sie sagen, dass es richtig war, in der Krise die Banken zu retten?

Der eigentliche Fehler war die Zulassung von Riesenbanken. Ohne ihre Rettung wäre es aber zu einem weltweiten Zusammenbruch gekommen und damit zum Stillstand der Weltwirtschaft, also ja. Aber mit dem Geld der Eigentümer und nicht mit dem der Steuerzahler. Wir haben allein in Deutschland zwei Billionen Euro Staatsschulden und elf Billionen privates Vermögen. Es wäre überhaupt keine Zauberei, diese Bankenrettungskosten über eine EU-weite Vermögensbesteuerung einzuspielen und zurückzuzahlen. So hätten wir Marktwirtschaft.

Also zahlen die Reichen. Ist das fair?

Nachdem die Vermögenden in den letzten 20 bis 30 Jahren überproportional profitiert haben, wäre das nur angemessen. Große Vermögen beruhen nicht auf Leistung. Wer tatsächlich arbeitet, kann immer noch im Monat 30 000 Euro verdienen, wenn der Mindestlohn bei 1500 liegt. Und wenn der Souverän entscheidet, dass derjenige, der 80 Stunden arbeitet und Verantwortung trägt, 100 000 Euro im Monat verdienen soll, unterstütze ich es. Im Jahr sind das 1,2 Millionen, nach 40 Jahren hat er 48 Millionen. Ich bin dabei. Aber ich bin nicht dabei, dass wir das jetzige System einfach so beibehalten.

FRAGEN: KATRIN PRIBYL

Die einen sind reich, so wie dieser junge Herr, andere sind arm. Kritiker fordern ein anderes Wirtschaftsmodell, in dem das Gemeinwohl im Zentrum steht.

BILD: OLLY - FOTOLIA